



Antrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn, Oskar Atzinger, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)**

Schutz unserer bayerischen Kulturgüter vor sogenannten Klimaaktivisten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst bis zum Jahresende schriftlich und mündlich über den Stand der Vorkehrungen zu berichten, die angesichts der weltweit zu beobachtenden Angriffe von selbst ernannten „Klimaaktivisten“ auf Kulturgüter bereits getroffen wurden und noch durchzuführen sind.

Hierzu sind vorrangig folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Informationen hat die Staatsregierung über die Szene der „Klimaaktivisten“?
2. Wenn bislang keine Informationen vorliegen bzw. gesammelt wurden, warum geschah dies nicht?
3. Welche Schritte plant die Staatsregierung, um mehr über Strukturen und Pläne der „Klimaaktivisten“ in Erfahrung zu bringen?
4. Welche Schlüsse zieht die Staatsregierung aus den bisherigen Anschlägen auf Kunstwerke und anderen Aktionen hinsichtlich der bisherigen Schutzkonzepte staatlicher Museen und Gedenkstätten?
5. Inwieweit könnten verstärkte Zutrittskontrollen, das Verbot von Taschen, Jacken und anderen Gegenständen wie Handys und Fotoapparaten sowie das Anbringen von Störsendern, um Liveübertragungen der Straftaten ins weltweite Netz zu unterbinden, den Schutz der Exponate erhöhen und Aktivitäten der extremistischen „Klimaschützer“ unattraktiv machen?
6. Welche Maßnahmen könnten direkt an den Exponaten durchgeführt werden, um sie vor Angriffen zu schützen (Verstärkung der Alarmsicherung, möglicherweise mehr Glasscheiben vor Gemälden usw.)?
7. Welche dieser Maßnahmen wurden bereits umgesetzt bzw. könnten schnell realisiert werden, um derartige Kunstzerstörungen in Bayern zu verhindern?
8. Inwieweit können nichtstaatliche Museen, in denen ebenfalls Exponate von Welt-rang ausgestellt werden, unterstützt werden, um ihre Sicherheitsvorkehrungen gegen Angriffe der „Klimaaktivisten“ auszuweiten?
9. Haben sich derzeit schon nichtstaatliche Museen an die Staatsregierung oder Einrichtungen des Freistaates mit der Bitte um Unterstützung gewandt?
10. Welche Maßnahmen wurden seit dem Juwelenraub von Dresden zum Schutz der Exponate in staatlichen und nichtstaatlichen Museen mittlerweile durchgeführt?
11. Welche Bedeutung misst die Staatsregierung dem eingesetzten Sicherheitspersonal bei, um Diebstähle und Beschädigungen von Exponaten in bayerischen Museen zu verhindern?

12. Welche Maßnahmen wurden bisher ergriffen, um das Personal in staatlichen und nichtstaatlichen Museen in die Lage zu versetzen, Kunstdiebstähle und Kunstzerstörungen besser verhindern zu können (Schulungen, Festanstellungen direkt beim Freistaat, um Fluktuation zu verringern und Motivation zu steigern, usw.)?
13. Welche Handlungsempfehlungen wurden dem Personal in staatlichen Museen mittlerweile für den Fall einer politisch motivierten Aktion und der Zerstörung eines Kunstwerks durch sogenannte Klimaaktivisten gegeben?
14. Was darf das Sicherheitspersonal (legal) tun, um eine politisch motivierte Aktion und eine drohende Zerstörung eines Kunstwerks zu verhindern?
15. Was dürfen das Sicherheitspersonal, die übrigen Angestellten und die Besucher (legal) tun, um nach einer erfolgten Zerstörung eines Kunstwerks die Täter dingfest zu machen und weiteren Schaden abzuwenden?
16. Welche gesetzlichen Regelungen könnten ggf. verschärft werden, um terroristische Akte an Kunstwerken stärker unter Strafe zu stellen?

Begründung:

In den letzten Monaten kam es weltweit zu mehreren Aktionen sogenannter Klimaaktivisten, bei denen in Museen wertvolle Kunstwerke beschädigt wurden oder dies billiger in Kauf genommen wurde. Begünstigt wurden die als politische Aktionen deklarierten Zerstörungen durch die Tatsache, dass die Taten direkt ins weltweite Netz übertragen werden konnten und so erst ihre mediale Wirkung entfalteten. Es ist auffällig, dass die Täter und ihre Mittäter ihre Aktionen sowohl mit mitgebrachten Dingen durchführen konnten (Kartoffelbrei, schwarze Farbe, Klebstoffe usw.), die sie wohl in Taschen und Jacken mitgebracht hatten, als auch mit mitgebrachten Handys und Kameras filmen und ins Internet übertragen konnten. Dies lässt darauf schließen, dass sie vorher beim Zutritt in die Museumsräume nicht ausreichend kontrolliert wurden.

Bemerkenswert ist auch, dass bei der Ausführung der Taten nach dem vorliegenden Videomaterial offensichtlich kein Alarm ausgelöst wurde, obwohl die Zerstörung des Exponats als auch das Festkleben der Täter direkt am Objekt erfolgten und somit eigentlich ein Alarm zu hören sein müsste. Dass dies nicht geschah, lässt beunruhigende Schlüsse über die Alarmsicherung in international renommierten Museen zu und wirft Fragen auch hinsichtlich bestehender Sicherheitskonzepte in staatlichen und nichtstaatlichen Museen in Bayern auf.

Darüber hinaus werfen die verfügbaren Videos, die von den Straftaten angefertigt wurden, Fragen auf, inwieweit das eingesetzte Sicherheitspersonal in den jeweiligen Museen in der Lage war, die Straftaten zu verhindern bzw. zu ahnden. Offensichtlich fehlt es an Handlungsanweisungen, wie in einer derartigen Situation professionell zu handeln ist und wie die Exponate geschützt und die Täter dingfest gemacht werden können.

Schon nach dem Juwelenraub in Dresden kam die Diskussion darüber auf, ob es nicht besser sein könnte, das Sicherheitspersonal in staatlichen Museen direkt beim Freistaat anzustellen, anstatt es über private Sicherheitsdienste anzuheuern. Dies führt zum einen dazu, dass der Freistaat keine Kenntnisse darüber hat, welchen Hintergrund die Personen haben, die in den Museen den Schutz der Exponate garantieren sollen, zumal angeblich aus Kostengründen eine hohe Fluktuation der Leiharbeiter hingenommen wird. Zum anderen ist damit zu rechnen, dass das geleaste Sicherheitspersonal keine besondere Bindung zu den von ihnen überwachten Exponaten aufbauen kann, weil weder die Bezahlung angemessen ist noch die Einsätze und die Fluktuation dies zulassen. Auch die besonderen Schulungen für den Umgang mit der sensiblen Situation im Museumsbereich wurden nach dem Juwelenraub in Dresden auch für bayerische Museen angemahnt. Es ist daher angesichts der neuartigen Bedrohungslage wichtig zu wissen, welche Maßnahmen in den letzten Jahren umgesetzt wurden, um die Situation für das eingesetzte Aufsichtspersonal zu verbessern.

Insgesamt erfordern die Ereignisse in anderen Museen im In- und Ausland eine angemessene Reaktion der Kulturpolitik. Der Freistaat sollte dabei nicht nur für den Schutz der Exponate in den staatlichen Museen und Gedenkstätten sorgen, sondern auch die

nichtstaatlichen Museen bestmöglich mit Handlungsempfehlungen und bei Bedarf auch mit finanziellen Beihilfen unterstützen.

Insgesamt ist jedoch die Staatsregierung aufgefordert, auf die durch die sogenannten Klimaaktivisten ausgelöste neuartige Bedrohungslage, die sich auch auf andere Lebensbereiche außerhalb der Kultur erstreckt, angemessen zu reagieren und Erkenntnisse über Strukturen und Vorgehen der sich immer radikaler gebärenden Personengruppe zu gewinnen.